



Die leer stehende Rochdale-Kaserne an der Oldentruper Straße gehört dem Bund, der sie eigentlich in Kürze an die Stadt Bielefeld übertragen wollte. Weil die Bundeswehr plötzlich den eigenen Bedarf prüft, wurden alle Verkaufspläne erstmal angehalten.

**Bielefeld**  
🕒 3 min.

**Nach dem überraschenden Verkaufsstopp der Bielefelder Kasernen – CDU verlangt vom Bund Verlässlichkeit**

**Linke fordern Freigabe der Flächen**

Von Peter Bollig

BIELEFELD (WB). Der plötzliche Verkaufsstopp des Bundes für die Rochdale- und Catterick-Kaserne erhitzt die Gemüter in der Bielefelder Politik. Die CDU zeigt sich verwundert, die Linke fordert die sofortige Freigabe der Areale, um dort den geplanten Wohnungsbau zu ermöglichen.

Wie berichtet, hat die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) auf Wunsch des Bundesverteidigungsministeriums den Verkauf von Kasernen erst einmal auf Eis gelegt – auch für Liegenschaften, die sie den Kommunen bereits zum Kauf angeboten hat. Das betrifft auch die Rochdale-Kaserne an der Oldentruper und eine Teilfläche der Catterick-Kaserne an der Detmolder Straße.

Zu beiden Liegenschaften waren sich Stadt und BImA bereits einig, vor allem die Rochdale-Kaserne sollte zeitnah an die Stadt übergeben werden, um nach dem Abzug der britischen Streitkräfte dort ein Quartier mit 650 Wohnungen zu schaffen. Bis die Bundeswehr geprüft hat, ob sie angesichts der veränderten Sicherheitslage die Kasernen nicht doch für eigene Zwecke benötigt, sind alle Verkäufe laut BImA gestoppt.

„Mit großer Verwunderung haben wir die Nachricht aufgenommen, dass der Bund den Verkauf vorerst gestoppt hat“, erklären Steve Kuhlmann, Fraktionsvorsitzender der CDU, und Dr. Simon Lange, stadtentwicklungspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion. „Wir sind davon ausgegangen, dass die Vereinbarungen zwischen der Stadt und der Bundesanstalt Bestand haben und zum Abschluss gebracht werden“, so Kuhlmann. „Die Stadt hat auf dieser Grundlage geplant, investiert und sich auf die Übernahme vorbereitet. Dass nun plötzlich der gesamte Prozess überflüssig sein soll, ist nicht nur enttäuschend, sondern gefährdet zentrale Projekte der Stadtentwicklung.“

Die Kasernen seien, so Lange, „für die Stadtentwicklung von enormer Bedeutung“. Die Stadt habe dort dringend benötigten Wohnraum, eine neue Feuerwache und Infrastruktur vorgesehen.

Gleichzeitig betonen Lange und Kuhlmann, wie wichtig der Standort der Bundespolizei auf dem Catterick-Areal sei: „Die Bundespolizei gehört fest zu unserer Stadt. Sie ist eine der wichtigsten Ausbildungsstätten in Deutschland und muss unbedingt erhalten bleiben.“ Man erwarte insbesondere vom SPD-Verteidigungsminister Pistorius Klarheit und Verlässlichkeit.

Auch die Linksparte kritisiert den Verkaufsstopp: „Das ist ein Schlag ins Gesicht all jener Menschen in Bielefeld, die auf eine bezahlbare Wohnung warten“, erklärt Dr. Onur Ocak, Sprecher der Linken in Bielefeld. „Der Bund blockiert Stadtentwicklung, weil er Aufrüstung und Militarisierung Vorrang gibt. Für die Kriegstüchtigkeit sollen die Bielefelder mit Wohnungsnot bezahlen – das halten wir für unverantwortlich. Spätestens jetzt dürfte jedem klar sein, welchen sozialen Sprengstoff die Wiedereinführung der Wehrpflicht und die Aufrüstung verursachen“, so Ocak.

Der städtebauliche Wettbewerb für das Rochdale-Quartier mit 650 Wohnungen „stand kurz vor dem Start – nun liegt alles still“, so der Sprecher. Die Linke sehe darin ein Symptom einer gefährlichen Militarisierung der Politik. „Wir erleben, wie die Bundesregierung eine ganze Gesellschaft auf Krieg ausrichtet – von Wehrpflichtplänen bis zu neuen Rüstungspaketen“, so Co-Sprecherin Brigitte Stelze. Die Linke erwarte ein klares Statement der designierten Oberbürgermeisterin Dr. Christiana Bauer. „Von der Bielefelder Bundestagsabgeordneten Wiebke Esdar erwarten wir, dass sie sich beim Bund für die sofortige Freigabe der Kasernenflächen einsetzt“, so die beiden Sprecher.